



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Neue Mannheimer Zeitung. 1924-1943 1926

29 (19.1.1926) Mittag-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-227601](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-227601)

Neue Mannheimer Zeitung

Mannheimer General-Anzeiger

Bezugspreise: In Mannheim und Umgebung von uns
Haus abet durch die Post monatlich M. 2. 1.50 ohne
Beitrag. Bei event. Kündung der wirtsch. Verhältnisse
Verhältnisse Nachzahlung vorbehalten. Postfachkonto
Nr. 17000 Karlsruhe. - Hauptgeschäftsstelle E. 6. 2. -
Geschäfts-Redaktions-Verwaltung: 6. Schwelger-
straße 24. Telefon Nr. 11. - Telegramm-Adresse:
Generalanzeiger Mannheim. Erscheint täglich, aus-
genommen Feiertagen. Nr. 7941. 7942. 7943. 7944 u. 7945.

Bezugspreise nach Tarif bei Vorauszahlung pro empf.
Kolonnezeitung für 12 Monate M. 18. 00. Post-
- 4 M. 00. Kolonnezeitung für 6 Monate M. 10. 00.
Für Anzeigen an bestimmten Tagen Stellen und Ausgaben
wird keine Verantwortung übernommen. Höhere Gewalt,
Streiche, Verzögerungen, die den Anzeigen keinen Schaden
bringen, sind ausgeschlossen oder beschränkte Ausgaben
oder für vergrößerte Aufnahme von Anzeigen. Kautzger durch
Beimischer ohne Gewähr. - Geschäftsstand: Mannheim.

Beilagen: Sport und Spiel · Aus Zeit und Leben · Mannheimer Frauen-Zeitung · Unterhaltungs-Beilage · Aus der Welt der Technik · Wandern und Reisen · Gesetz und Recht

Dr. Luthers vergebliche Bemühungen

Konflikt zwischen Demokraten und Bayerischer Volkspartei

□ Berlin, 19. Jan. (Von unserem Berliner Büro.) Die Regierungsbildung ist gestern regelrecht auf den Brei des Scheiterns gelaufen. Durch den Beschluss der Bayerischen Volkspartei, die Koch als Innenminister ablehnte und die Befragung mit einem Hochminister verlangt, hat der mit viel Mühseligkeiten errichtete Bau Dr. Luthers eine schwere Erschütterung erfahren. In der gemeinsamen mit Dr. Luther abgehaltenen Sitzung der Fraktionsführer, die um 6 Uhr begann und sich volle zwei Stunden hinzog, sind, wie uns berichtet wird, die Meinungen heftig auseinandergelassen. Man hat alle möglichen Kombinationen erwogen, um einen Ausweg aus der verwickelten Lage zu finden. So wurde u. a. der Vorschlag gemacht, Herrn Koch solle ein anderes Ministerium und dazu das nebenbei bemerkt recht bedeutungslose Amt des Reichsanwalters angetragen werden. Der demokratische Führer, der aus naheliegenden Gründen dieser interfraktionellen Vorsehung nicht beizuhilfen, hat erklärt, dass an seiner Person die Kabinettsbildung nicht scheitern dürfte und hat gleichzeitig seiner Fraktion die Entscheidung überlassen. Diese ist dann um 7 Uhr abends zu einer Beratung zusammengetreten, die erst um halb 10 Uhr unterbrochen wurde. In der Sitzung der demokratischen Fraktion kam als einmütige Auffassung zum Ausdruck, dass der Fraktion nach dem Votum, das ihr durch den Beschluss der Bayerischen Volkspartei zugesagt worden sei, unmöglich zugemutet werden könne, an den Verhandlungen weiter teilzunehmen. Man war sich in der Fraktion einig, dass es unerträglich für die demokratische Fraktion sei, wenn man an die Befragung eines Ministerpostens durch ihren Parteiführer Bedingungen knüpfte, die bei den übrigen Fraktionen nicht erhoben worden sind. Die Fraktion lehnte weiterhin ab, etwa ein anderes Mitglied für den Posten vorzuschlagen.

Nach der Sitzung begaben sich die Herren Koch, Erkelenz und Haas zum Reichsminister. In einer Unterredung mit ihm wurde festgestellt, dass Kochler an seinem Entschlus, ohne Teilnahme der Demokraten nicht an die Befragung zu gehen, festhalte. Im Anschluss an diese Befragung begab sich der Reichsminister zu Dr. Luther, um diesen über die Schwere der Situation zu unterrichten. Dr. Luther hat davon abgesehen, irgendwelche Vorschläge zu machen, vielmehr erklärt, dass er ohne Fühlung mit den anderen Fraktionen eine Entscheidung nicht zu treffen vermöge. Die Demokraten haben daraufhin in einer erneuten Fraktionsitzung einstimmig folgenden Beschluss gefasst: „Die Fraktion der Deutschen Demokratischen Partei ist nicht gewillt, infolge des Einspruchs der Bayerischen Volkspartei auf ihre Wünsche für die Befragung des Innenministeriums zu verzichten. Sie hat diese Befragung aus der Überzeugung vertreten, dass durch sie die Führung der Innenpolitik im Geiste der Verfassung gesichert werden soll. Sie ist nicht in der Lage, diese Überzeugung

einem unbegründeten parteipolitischen Mißtrauen preiszugeben.“

Dieser Beschluss wird heute um 10 Uhr beim Wiederzusammentritt der Fraktionen der Vertreter der Demokraten verlesen. Damit dürfte der Versuch der Bildung eines Kabinetts der Mitte endgültig als gescheitert angesehen werden. In parlamentarischen Kreisen nimmt man an, dass Dr. Luther sein Mandat an den Reichspräsidenten zurückgeben wird.

Wer hat die Schuld?

□ Berlin, 19. Jan. (Von unserem Berliner Büro.) Man mag zu den Demokraten recht kritisch stehen und wird doch als billig wägend die Meinung nicht unterdrücken können, in der neuesten Phase der Krise ihre Ansicht zu teilen. Wie liegen denn die Dinge? Dr. Luther hat den Wunsch geäußert, sein neues Kabinett durch führende Männer aus den einzelnen Fraktionen, wie man heute so schön zu sagen pflegt „zu verankern“. Aus solcher Veranlassung hat das Zentrum Herrn Marx dirigiert, die Deutsche Volkspartei ihren Führer Stresemann und die Demokraten befanden sich also auf der gleichen Linie, wenn sie ihren Partei- und Fraktionsvorführern Koch dirigierten. Nun hätte in einem früheren Stadium der Dinge sich auch darüber Einverständnis erzielen lassen können Herr Koch gibt eine glänzende Rechtsanwaltspraxis auf, wenn er jetzt ein Casspielengelegenheit am Königsplatz annimmt. Er wäre wohl ohne weiteres bereit gewesen, zugunsten eines anderen Fraktionskollegen zurückzutreten. Die Art aber, wie die Bayerische Volkspartei den Fall behandelt, war geradezu darauf angelegt, aus einer Zweckmäßigkeitsfrage eine Prestigefrage zu machen. In der gemeinsamen Sitzung der Fraktionsführer hat gestern Herr Dr. Veit erklärt: Der Abgeordnete Koch sei ein zu prononciertester Demokrat und außerhalb zu unitarisch geachtet, so daß die Bayerische Volkspartei gegen ihn als Innenminister Einspruch erheben müsse.

Das ist zunächst einmal ein Bruch mit allen bisherigen Bräuchen. Diese Bräuche mögen nicht schön gewesen sein, jedenfalls ist es bisher noch nicht vorgekommen, daß ein Ministerkandidat, der von einer Fraktion nominert wurde, von den anderen zurückgewiesen worden wäre. Der „Germania“, der man schließlich nicht gut unitarische Tendenzen nachsagen kann, berichtet: „Der Widerspruch der Bayerischen Volkspartei begründet sich hauptsächlich darauf, daß der Koch im Jahre 1919 eine Denkschrift verfaßt habe, in der angeblich in zentralistische Auffassungen vertreten waren. Das Zentrumblatt bemerkt dazu: „Selbst wenn diese Angaben zutreffen sollten, scheint uns der Stellung des Innenministers noch dieser Richtung hin zu viel Bedeutung beigelegt zu werden. Der Innenminister hat so viel wie keine Exekutivgewalt, diese liegt vielmehr bei den Innenministern der Länder.“ Sehr richtig! Herr Koch hat, als er

Innenminister war, immer über den Mangel an Ellenbogenfreiheit geklagt, der sein Amt auszeichnet und gelegentlich sich wohl mit der „Dame ohne Unterleid“ verglichen.

Auch die heutige krisenhafte Zuspitzung wäre übrigens vermieden worden, wenn Dr. Luther bei dieser Kabinettsbildung nicht merkwürdigerweise den Mann mit verfräntelten Armen gespielt hätte. Diese Haltung ist so falsch, daß immer wieder die lebhaften Vorwürfe gegen ihn laut werden. Die „Vossische Ztg.“ kommt auf den Gedanken zurück, den wir gestern zurückweisen zu müssen glaubten. Sie schreibt: „Die Haltung des Kanzlers ist nur unter der Voraussetzung verständlich, daß er von vornherein an der Durchführbarkeit der Bildung eines parlamentarischen Kabinetts zweifelte und von Anfang an auf die Einsetzung eines Beamtenministeriums hinstrebte.“ Das „B. L.“ geht noch weiter und erklärt rund herab: „Die Kabinettsbildung sei zuerst an der Untransparenz Luthers gescheitert, der das nötige Verständnis für die Situation hätte vermitteln lassen und den Standpunkt der demokratischen Fraktion, den Herr Geßler ihm vorgetragen hat, nicht anerkannt hätte.“ In einer anderen Stelle meint dasselbe Blatt: „Das Kabinett der Mitte ist also gescheitert, weil die Bayerische Volkspartei als Innenminister einen Staatsmann abgelehnt hat, der befähigt und entschlossen war, dieses Ministerium im Geiste der Reichstreue und der Verfassungstreue zu führen, und weil der Kanzler nicht den Mut oder nicht den guten Willen hatte, diesen ungeheuerlichen Entschlus zurückzuweisen.“

Aber ist das Kabinett der Mitte nun wirklich endgültig gescheitert? Der Beschluss, den die demokratische Fraktion gestern nacht gefasst hat, hat unserer Meinung nach doch noch nicht alle Fäden zerissen und bei einigem guten Willen müßte es immer noch möglich sein, wenigstens den einen oder anderen von ihnen abermals zu knäpeln. Die Blätter der Rechten, die Hugenberg- und Scherzpresse voran, reden die Köpfe hoch, als ob sie Vorkriegszeiten mitterten. Für sie ist das sogenannte Beamtenkabinett die rettende Formel, von dem der „Vorwärts“ wieder befürchtet, daß es nur ein „verfehlertes Kabinettskabinett“ werden möchte. Diese Befürchtung braucht man an sich noch nicht zu teilen, aber auch für das Beamtenkabinett ist es eigentlich jetzt zu spät. Auch hat ja Dr. Luthers Taktik zwar nicht die Wege verbannt, doch eine beträchtliche Last von Mißtrauen aufzuheben. Im Augenblick jedenfalls ist alles im Zweifel, rings herum liegen Scherben. Geßler will nicht mitmachen, der Volksparteiliche Hepp hat erklärt, seine endgültige Entscheidung von der Zustimmung des Kabinetts abhängig machen zu müssen, und auch bei Herrn Bürgers, dem vom Zentrum vorgeschlagenen künftigen Reichswirtschaftsminister, haben sich unvorhergesehene Bedenken eingestellt.

Die „M.Z.“ will von Dr. Luther erfahren haben, daß er heute vormittag einen letzten endgültigen Vermittlungsvorschlag zu unterbreiten gedenke. Man wird auf diesen Vorschlag neugierig sein dürfen, es ist wirklich die allerhöchste Zeit.

Die „Times“ zur deutschen Regierungskrise

□ London, 19. Jan. (Von unserem Londoner Vertreter.) Die Verlängerung der deutschen Kabinettskrise erregt in hiesigen leitenden Kreisen wachsende Besorgnis. Die „Times“ erklären in einem Leitartikel, es spreche für Dr. Luthers Mut und Vertrauen, daß er trotz der schweren Schläge, die sein Werk kurz vor seiner Vollendung zu vernichten drohen, seine Aufgabe nicht verlassen habe. Aber sein Erfolg sei in schwerer Besatz. Stresemann habe in München den Domes- und Locarnopakt verteidigen müssen. Trotzdem habe die deutsch-nationale Presse ununterbrochen fort, den Alliierten den Bruch des Locarnopaktes vorzuwerfen und Deutschlands Zulage, in den Völkerbund einzutreten, als einen hohen Preis zu behandeln, der fortgeworfen werden könne, wenn die Alliierten sich nicht ihren Erpressungsversuchen unterwerfen wollten. Das Wirtschaftsproblem drohe jedoch in Deutschland alle anderen Fragen zu überwiegen. In welcher Lage werde die Regierung stehen, wenn die Frage der Situation im Völkerbunde im Reichstoge aufgeworfen werden wird. In Deutschland gebe es Leute, welche das Scheitern der parlamentarischen Regierung und überhaupt jeder konstitutionellen Regierung wünschten, um der Diktatur als Vorbereitung zur monarchistischen und imperialistischen Restauration den Weg zu ebnen. Noch habe darüber sehr zutreffende Bemerkungen an die Sozialdemokraten und die Bayern gerichtet. Es sei kein Wunder, wenn unter diesen Umständen das führende Organ des Zentrums Unruhe und Besorgnis ausdrückte.

Volkssentscheid über die Fürstenabfindung

□ Berlin, 19. Jan. (Von unserem Berliner Büro.) Vertreter des Ausschusses zur Durchführung des Volkssentscheides über die Auseinandersetzung mit den früheren Fürstenhäusern haben am Montag dem Reichsminister des Innern den Antrag auf Zulassung des Volksbegehrens überreicht. Sie legten dem Ministerium die beglaubigten Unterschriften von etwas mehr als 9000 Wahlberechtigten aus dem Berliner Stadtteil Neukölln vor. Weitere Listen hatten noch der Befestigung durch das zuständige Wahlamt. Kautzsch sind das alles Unterschriften von Kommunisten oder solchen, die ihnen nahestehen.

Amlich wird aus Dresden mitgeteilt, daß in Sachsen die Auseinandersetzung mit dem früheren Königshause durch Vertrag erledigt sei und Rechtskraft erlangt habe. Eine Änderung könne meber durch Volkssentscheid noch durch Reichstagsbeschluss erfolgen.

Am Montag nachmittag überreichten Vertreter der Deutschen Liga für Meßwarenrechte, der Kommunistischen Partei Deutschlands und anderer Verbände dem Innenministerium den Zulassungsantrag auf Einleitung des Volksbegehrens für völlige Enteignung der Fürsten und legte einen entsprechenden Gesegentwurf vor.

Wahrheit statt Dichtung

Ein Blick hinter die Kulissen der Reichsgründung

War es ein Zufall, daß der deutsche Reichsaussenminister den diesjährigen Gedenktag der Reichsgründung fern von Berlin in München müßelerte? Wohl kaum. Wir glauben vielmehr, daß Dr. Stresemann mit seiner Anwesenheit in Bayerns Hauptstadt just an diesem für die deutsche Geschichte so ungemein bedeutungsvollen Gedenktage einen bestimmten politischen Zweck verfolgte. Vermutlich wollte er dadurch die Aufmerksamkeit unserer bayerischen Stammesgenossen wie ganz Deutschlands auf die Aus-schlag gebende Rolle lenken, die Bayern nicht nur bei der Reichsgründung vor nun 55 Jahren gespielt hat, sondern die ihm unter allen Umständen auch weiterhin zufällt, wenn es sich um die Aufrechterhaltung des deutschen Reiches handelt.

Wie oft der Bestand, die feste innere Geschlossenheit des Reiches, dieses wertvollsten Alltagspostens, den wir aus dem verlorenen Krieg, den Zerstörungen der Revolution und der Inflation gerettet haben, in den letzten sieben Jahren gerade von Bayern her gefährdet schien, haben wir sorgenschweren Herzens alle miterlebt. Es hat in den ersten Nachkriegsjahren eine Zeit gegeben, wo sich die fortgesetzten Kompetenzkonflikte und Mißbilligkeiten zwischen der Berliner Reichsregierung und dem bayerischen Ministerium so zugespitzt hatten, daß viele allen Ernstes an einen unmittelbar bevorstehenden Kampfschritt zwischen Nord und Süd glaubten. Dieser brüdermörderische Wahnsinn ist uns Gott sei Dank erspart geblieben. Dene Zeiten schwerster Nervensüberreizung sind nun hoffentlich für immer überwunden. . . . Preußen wie Bayern haben inzwischen unter dem zusammenfassenden Drucke schwerster außenpolitischer Not und Bedrängnis eingesehen, daß beide Länder, daß ganz Nord und Süd auch weiterhin auf Gebel und Becherb einander angewiesen sind. Von Zeit zu Zeit müssen wir jedoch auch jetzt noch vernehmen, daß es in dieser oder jener Frage zwischen der Berliner Reichsregierung und der bayerischen Landesregierung zu Unstimmigkeiten und eiferrosten Betonung der beiderseitigen Rechtsstandpunkte gekommen ist. So z. B. lehtin erst wieder in der Frage der Fürstenabfindung, in der die Reichsregierung gegebenfalls für eine allgemeine Regelung durch Reichsgesetz eintritt, wogegen die bayerische Regierung sich auf das entschiedenste verweigert hat. Wenn es ausgerechnet der Fürsten wegen über die man in München bekanntlich wesentlich anders denkt als im „roten“ Berlin, zu einem Konflikt zwischen der Reichsregierung kommen sollte, so wäre das von ganz besonderer Tragik. Denn dann würde sich ergeben, daß die Fürsten noch nach ihrer Absetzung oder nach ihrem Tode indirekt das zerstören oder in Gefahr bringen, was sie feinerzeit nur mißwillig aus der Taufe gehoben haben: das deutsche Reich.

Die meisten von uns wissen freilich heute noch nicht, wie sich dieser im letzten halben Jahrhundert so unzähligmal in Vers und Prosa verherrlichte historische Akt der Reichsgründung zu Versailles in Wirklichkeit abgespielt hat bezug, welche innerpolitischen Schwierigkeiten überwunden werden mußten, bis es so weit kam. Man konnte die Wahrheit hierüber auch gar nicht wissen. Denn in den Schulbüchern stand nichts davon und in den vielen Festreden und Gedichten auch nicht. Die verhältnismäßig kleine Zahl von Deutschen, die ihre historischen Studien in Quellenwerken machten, mußten wohl, daß der für unsere Geschichte für alle Zeiten höchst bedeutungsvolle 18. Januar 1871 wesentlich anders zustande gekommen ist, als die Schulweisheit es lehrte, doch die letzten hochwichtigen Geheimnisse darüber, blieben bisher so gut wie allen Deutschen verschlossen. Seit kurzem erst sind auch die letzten Schleier über die so außerordentlich interessante Vorgeschichte der deutschen Reichsgründung gefallen. Und zwar durch die Veröffentlichung des Kriegstagebuches des Kaisers Friedrich III. und der Tagebuchblätter König Ludwigs II. von Bayern. Beide Bücher geben über den jeden Deutschen so besonders interessanten Abschnitt unserer neueren Geschichte, über den bisher nur Wahrheit und Dichtung, (dazu zum Vorteil der letzteren noch höchst ungleich gemischt) bekannt war, geradezu sensationell wirkende Aufschlüsse. Hieraus grabe anlässlich des diesjährigen Gedenktages der Reichsgründung hinzuweisen, ist von besonderem Reize.

Daß ein geschichtliches Quellenwerk, wie es das Kriegstagebuch des damaligen preussischen bzw. deutschen Kronprinzen ist, erst jetzt in das Licht der Öffentlichkeit gelangt, liegt an einer letztwilligen Verfügung Kaiser Friedrichs III., der, als er sich im Juli 1887 (damals noch Kronprinz) in England aufhielt, seine Tagebücher dem Privatsekretär der Königin von England, Dr. Rührer mit Namen, zur Aufbewahrung übergab und dabei bestimmte:

„Da dergleichen Mitteilungen nicht zur Kenntnis der Zeitgenossen gelangen können, so beschle ich, daß außer meiner Frau und meinen mündig gewordenen Kindern niemand Einsicht von meinem Tagebuch nehmen darf, als bis das Jahr 1922 abgelaufen ist. Einer Veröffentlichung steht dann nichts mehr entgegen.“

Die nach dem frühen Tode des Kaisers von der Kaiserin-Witwe aus England zurückgeholtten Tagebücher wurden dann dem Hohenzollernschen Hausarchiv in Berlin übergeben, dessen Leiter, Heinrich Otto Meißner, auch derjenige ist, der sie nunmehr zur teilweisen Veröffentlichung bringt. Ihr Inhalt ist eine ungemein wertvolle Ergänzung zum 3. Bande von Bismarcks Gedanken und Erinnerungen. Von Bismarck wissen wir, daß er selbst es war, der ein später bei der Reichsgründungsfeier in Versailles verlesenen sogenannten Kaiserbrief verfaßt hat. Im großen Hauptquartier war es, wo er feinerzeit „an einem abgedeckten Tisch auf durchschlagendem Papier und mit widerstrebender Tinte“ das Konzept des Briefes entwarf, der dann als Originalbrief Ludwig II. von Bayern an König Wilhelm von Preußen bekannt geworden ist. Ein Kurier überbrachte diesen Brief aus dem Hauptquartier an den damals schon gesteskranken König von Bayern, der während des ganzen Feldzuges auf seinem Schloß in Hohenhausenau weilte und „das arme Frankreich“ bedauerte, Im Betle liegend (trieb der geistes-

verwirrte König, der Befehl infolge des Einzugs deutscher Truppen für „entehrt“ hielt, den Briefentwurf Bismarcks ab und schickte ihn seinem gerade in einer Theatervorstellung befindlichen Rabinetsrat mit der Ermächtigung zu, das Schicksal entweder zu vernichten oder nach Versailles zurückzuführen. Der von Bismarck informierte Ministerpräsident des Dokument besaßen an ihn zurück. Wie es im Hauptquartier von König Wilhelm aufgenommen wurde, berichtet Kronprinz Friedrich in seinem Tagebuche: „Se. Majestät waren über den Inhalt dieses Briefes ganz außer sich vor Unwillen und gekränkt; er scheint demnach nicht zu ahnen, daß das Konzept von hier aus nach München gegangen ist“ . . . In „wallender Aufregung“, so heißt es in Kronprinz Friedrichs Aufzeichnungen vom 17. Januar 1871, rief König Wilhelm aus: „Mein Sohn ist mit ganzer Seele bei dem neuen Stande der Dinge, während ich mir nicht ein Haar breit daraus mache und nur zu Preußen halte.“ Ich machte ihn noch darauf aufmerksam, daß er sowohl wie seine Nachkommen berufen seien, das gegenwärtig hergestellte Reich zur Wirklichkeit und Wahrheit zu machen — aber vergebens! Im höchsten Zorn sprang der König schließlich auf, brach die Verhandlungen ab und erklärte, von der zu morgen angelegten Feiler nichts mehr hören zu wollen“ . . .

Und ebenso wenig bzw. noch weniger als Kronprinz Wilhelm selbst, wollen auch die anderen deutschen Fürsten von einem deutschen Kaiserreich und insbesondere vom Übergang der deutschen Kaiserwürde auf den König von Preußen wissen. Außer dem Kronprinzen Friedrich war nur der Großherzog Friedrich von Baden mit dem Herzog bei der Sache. Die Könige von Württemberg und Sachsen stimmten dem (von Bismarck veranlaßten) Antrag Bayerns nur „jähnetarisch“ zu und Prinz Leopold von Bayern erklärte dem König Wilhelm, man rechne auf ein regelmäßiges Abwechseln des Kaiserstitels zwischen Preußen und Bayern und mache den Vorschlag, diese Jubiläum in einem geheimen Artikel zur Reichsverfassung festzulegen und erst später zu veröffentlichen . . . Welche große Sondervergünstigung (z. B. hinsichtlich der Eisenbahn und der Post) den Bayern gewährt werden mußten, um sie überhaupt bei der Sache zu halten, ist ja bekannt. Trotz großer Bedenken nahm jedoch der damalige norddeutsche Reichstag den Vertrag mit Bayern an. Wie man jedoch schon damals darüber urteilte, geht aus einer Zeitschrift des Reichspräsidenten Eduard Simon hervor, der an seine Frau schrieb: „Das Ding ist viel schwerer verdaulich, als die massiven Riesentäfel des bayerischen Hochgebirges“, und der nationalliberale Führer Eduard Lascher schreibt die Auffassung der größten Partei des damaligen Parlaments in die Worte: „Höchst ist das Rädel, aber gekleidet werden muß es doch.“

Un Bismarcks übermächtigen Willen aber scheiterten alle Schwertkämpfe und Intrigen. Auch wenn sie sich ihm immer wieder und wieder bergeshoch entgegenkämpften, so fand er mit seinem genialen Geiste doch immer wieder Mittel und Wege, um sie zu überwinden und die Bestürzte seiner vielen und mächtigen Gegner zu zerschlagen. So gelang es ihm schließlich, den Traum des großen deutschen Volkes zur Verwirklichung zu verhelfen und ein großes deutsches Kaiserreich wieder aufzurichten zu lassen. Damit ist ihm damals dafür nicht viel geworden. Auch nicht von seinem König Wilhelm I., als dessen „treuer Diener“ er sich noch auf seinen Lebensabend bezeichnen ließ. Denn als am 18. Januar die Kaiserkrönung vollzogen war, geht der König an Bismarck darüber, ohne ihm auch nur die Hand zu reichen. Auf seinem Schloß in Hohenzollern aber legt König Ludwig Trauer an „bis auf Hemdenknöpfe und Uhrkette“, wie in den geistesverwirrten Aufzeichnungen des kranken Bayernkönigs geschrieben steht.

Welche Reize und Wahnung aber ergibt sich für uns, die wir nach den furchtbaren Geschehnissen des letzten Jahrzehnts, voll beängstigender Sehnsucht auf eine bessere Zukunft unseres Vaterlandes im Boden liegenden Vaterlandes hoffen, aus der Kenntnis der geschichtlichen Zusammenhänge? . . . Dankbar müssen wir sein, von ganzem Herzen dankbar, daß uns in Bismarck ein solcher „Zwingherr zur Deutschtum“ beschert war. Und diesen Dank können wir viel tausendmal besser, wirksamer und würdiger als in schönen Worten und gemächlichkeitmäßigen Beschwörungen, an denen es auch am diesmaligen Gedenktage der Reichsgründung nicht gefehlt hat, dadurch ablassen, daß wir, die wir ja nun keine widerstrebenden Parteien mehr haben, die wir vielmehr nun selbst und ausschließlich auf Grund der Reichsverfassung das „souveräne“ Volk sind, soweit die deutsche Junge Nation, den schicksalvollen Schicksal ablegen „zu sein ein einzig Volk von Brüdern, in keiner Not uns zu trennen und Gefahr“ . . .

Mehr als je kommt es heute darauf an, daß in dieser Hinsicht jeder gutgemeinte Deutsche mit voller Hingabe seine vaterländische Pflicht tut. Auf das edle Vorbild und leuchtende Beispiel derjenigen Männer, die unsere vaterländischen Führer sein müßten, können wir leider nicht warten. Denn der erbärmliche Parteienstreit um die Regierungsgewalt, den wir nun schon wieder seit Wochen und Monaten alle Tage widerwillig mit ansehen müssen, ist alles andere als ein politischer Bewußtseinswandel und eine glückselige Verheißung für eine bessere Zukunft. Ewig schade nur, daß wir keinen Bismarck mehr unter uns haben, an dessen Weisheit überparteilich der Vaterlandsliebe und eisernen Willen zur deutschen Einheit und Größe, unser heutiger Reichstag ebenso zerschellen müßte, wie damals der Widerstand der Fürsten an seinem übermächtigen Willen zur Gründung des Deutschen Reiches.

H. A. M.

Die Krise des Arbeitsmarktes

Aus dem Bericht des Landesarbeitsamtes für Westfalen über die zweite Januarwoche läßt sich entnehmen, daß sich an dem Arbeitsmarkt die Krise ihrer Höhepunkt nähert. Zwar hat sich die Arbeitslosigkeit in der zweiten Januarwoche im allgemeinen noch weiter verschlechtert, jedoch ist eine Verlangsamung der Bewegung eingetreten. Die Zunahme der Zahl der unversicherten Arbeitslosen in den wichtigsten Arbeitsnachwehgebieten betrug durchschnittlich 11,6 v. H., während sie in der Vorwoche immer über 15 v. H. lag.

Forderungen

des Gewerkschaftsbundes der Angestellten

Der Aufsichtsrat und Bundesvorstand des Gewerkschaftsbundes der Angestellten (GdA.) haben anlässlich der am 16. und 17. Jan. 1925 in Berlin stattgefundenen Reichskonferenz eine Entschließung gefaßt, in der insbesondere verlangt wird eine wesentliche Herabsetzung der Gewerkschaftsbeiträge, ebenso eine sofortige Wiederbefreiung der Kurzarbeiterunterstützung im Sinne der von den Vertretern des Gewerkschaftsbundes der Angestellten im Reichstag gestellten Forderungen. Die gegenwärtigen Verhältnisse bewähren aufs neue die Notwendigkeit und Dringlichkeit einer auf dem Verwirklichungsgedanken aufbauenden umfassenden Arbeitslosenversicherung. Der Gewerkschaftsbund der Angestellten fordert dazu, daß der bereits veröffentlichte Gesetzentwurf unter Wahrung des Grundgedankes der freien Selbstverwaltung sofort dem Reichstag zur Beratung und Beschlußfassung vorgelegt wird.

Welche Forderungen des Gewerkschaftsbundes der Angestellten zurecht schaffen und Erhaltung von Arbeitsmöglichkeiten betreffen die Herabsetzung auskömmlicher Mittel für produktive Arbeitsbeschäftigung und Maßnahmen zur Verhinderung weiterer Betriebsstilllegungen, die baldige endgültige Verabschiedung des inzwischen vom Reichspräsidenten begünstigten Arbeitsgerichts-Gesetzes sowie die endliche Einlösung der mehrfach gegebenen Zusicherung der Ratifizierung des Washingtoner Abkommens.

Die Frage der Besatzungsstärke

Zu der Meldung des Pariser „Journal des Debats“, daß infolge der Klärung der Rheinzone die ganze strategische Lage der Rheinarmee sich geändert habe und selbstverständlich infolgedessen der linke Flügel verstärkt werden müßte, bemerkt die „Kölnische Zeitung“ u. a.: Die Meldung ist geeignet, die Veränderung in dem Standpunkt der Besatzungsmächte hinsichtlich der Besatzungsstärke ins rechte Licht zu rücken. Die französischen Militärs und Strategen wissen überdies viel zu genau, daß das ganze linke Rheinufer, soweit es nach der Klärung wieder in deutschen Besitz kommt, durch den Versailler Vertrag für deutsches Militär verboten ist. Das führt die in dem französischen Blatt erwähnte „strategische Lage der Rheinarmee“ in einer Weise, die fadenheilig, aber zweckbewußten Gegenansichten ein für allemal ein Ende bereiten müßte.

Die Abrüstungsfrage

Wie wir aus zuverlässiger diplomatischer Quelle erfahren, trifft die Meldung zu, daß in der Vorkonferenz für die Abrüstungskonferenz eine Veränderung eintreten wird. Besonders bemerkenswert ist es, in welcher Weise diese Veränderung bearbeitet wird. Es ist sowohl von französischer wie von englischer Seite, heißt es, der Wunsch äußert worden, die Abrüstungskonferenz vorläufig in London durch diplomatische Besprechungen zwischen Paris und London, 2. durch eine persönliche Aussprache zwischen dem französischen und dem englischen Außenminister und 3. durch schriftliche Ausarbeitung der Abrüstungsfrage seitens der Militärattachés in London. Gleichwohl wird bemerkt, man erwarte, daß sich die deutsche Regierung nach Bildung des neuen Reichskabinetts unverzüglich mit der Frage der Teilnahme an der Abrüstungskonferenz in London zur Beitritt an der Vorkonferenz beschließen werde.

Diese Darlegungen betreffen einmal die Schwierigkeiten, die schon dem Reim des ganzen Abrüstungsproblems anhaften. Andererseits müssen sie zu sehr ernstlichen Befürchtungen Anlaß geben, daß Deutschland wieder vor eine vollstehende Lastenstellung werden soll. Der Wunsch, daß sich die deutsche Regierung universalistisch zu der Teilnahme an der Abrüstungskonferenz äußern möge, scheint uns darauf hinauslaufen, zunächst einmal die deutsche Stellungnahme zu dem ganzen Problem zu erfinden, damit man sich gegebenenfalls danach einrichten kann. Anderes Erachten liegt nicht der obersten Grund vor, daß Deutschland aus seiner Isolation heraustritt, ehe sich nicht die Alliierten selbst über den endgültigen Termin für die Vorkonferenz einig geworden sind.

Rußland doch in Genf vertreten!

Wie verlautet, ist die Frage der Regelung der Besatzung nach der Schweiz durch Sowjetrußland nunmehr akut geworden. Bekanntlich verfuhr die russische Regierung einen diplomatischen Trumpf auszuspielen mit einer offiziellen Meldung, daß Rußland an der Abrüstungskonferenz und der Wirtschaftskonferenz nur dann teilnehmen, wenn diese nicht auf Schweizer Boden stattfinden. Es heißt, daß der schweizerische Bundesrat über die Frage verhandelt habe und es wird in der Presse angedeutet, daß man die Förderung Rußlands nach einer Entschädigung für die Familie Woronoff mit den Forderungen der Schweiz nach Entschädigung für die Zerstörung ihrer Gesundheit in Petersburg und für die Schäden, die die Schweizer in Rußland erlitten haben, kompensieren könnten. Es ist als sehr wahrscheinlich anzunehmen, daß sich unter den Großmächten ein Vermittler gefunden hat. In den nächsten Tagen sind amtliche Mitteilungen über die inzwischen erfolgten Schritte zu erwarten. Die Sowjetregierung beabsichtigt, auf eine formelle Entschädigung des Bundesrats zu verzichten. Wahrscheinlich dürfte man bald zu einer Einigung gelangen und Rußland dürfte an den Genfer Verhandlungen tatsächlich teilnehmen.

Die Schwertigkeiten des Kabinetts Briand

Die Finanzkommission der Kammer hat auch am Montag ihre Arbeiten fortgesetzt und sich auch weiterhin mit dem finanziellen Gegenprojekt beschäftigt, von dem sie mehrere der Regierungsabteilungen widersprechende Artikel annahm. Die Zahlungssteuer wird die Kommission, nachdem sie sich mit 21 gegen 5 Stimmen dagegen erklärt hatte, in die auszuschließenden Vorschläge zwischen Regierungs- und Kartellprojekt nicht aufzunehmen. Die Aussprache über den Kernpunkt des Regierungsprojektes dürfte sich also in der Kammer in Form von vermittelnden Zusatzanträgen abspielen. Die Kommission hofft, ihre Arbeiten bis heute Abend beenden zu können, doch erwartet man im allgemeinen die öffentliche Aussprache in der Kammer über die zu ergreifenden Gesamtmaßnahmen nicht vor Freitag.

Der ungarische Fälscherandal

Die Oppositionsparteien in Budapest sind bestrebt, eine eingehende Debatte über alle politischen Hintergründe der Frankensächungsaffäre zu veranstalten. Die Regierung wünscht dagegen eine möglichst rasche Erledigung der Angelegenheit. Am Montagabend trat die Regierungspartei in einer Konferenz zusammen, in der Beethien eine längere Rede hielt. Er erklärte unter förmlichen Ovationen seiner Partei, die bedauerlichen Ereignisse müßten in allen Einzelheiten aufgeführt werden ohne Rücksicht auf irgend welche Personen und Verhältnisse. Er erklärte: „Wir haben nichts zu verheimlichen, nichts zu verbergen und nichts zu beschönigen. Wir fürchten nur das eine, daß das Ausland glaubt wir hätten etwas zu verheimlichen. Wir werden alles unerbittlich klären und aufdecken bis zum Ende.“ Weiter erklärte Beethien, er wolle in der Sitzung der Nationalversammlung nur eine Interpellation zulassen, auf die er sofort antwortet. Die Billigung der Antwort betrafte er als Vertrauensabstimmung.

Wenn die Regierung, was nicht zweifelhaft sein kann, die Unterstützung der Mehrheit des Parlamentes findet, wird sie auf dem bisherigen Wege in der Liquidierung der Frankensächungsaffäre fortfahren. Der Legitimist Stephan Friedrich hatte die Einlegung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses beantragt, wozu der Ministerpräsident erklärte, wenn ihm die Opposition die Garantie gebe, daß die Fälschungssache im Rahmen nur noch seinen Wünschen zur Sprache komme, könne er der Einlegung eines solchen Ausschusses zu. Dieser Ausschuss wäre aber kein Untersuchungsausschuss, sondern er würde nur die Erklärung der Regierung über den Fortgang der Untersuchung entgegennehmen. — Der Antrag dürfte nicht verwirklicht werden, da die Sozialdemokraten die Garantie nicht geben wollten. Die Sozialisten kündigten an, sie würden alle Mittel in Anspruch nehmen, um die Debatte über die Frankensächungsaffäre zu erzwingen. Hiernach kann man sich für heute auf eine stürmische Sitzung gefaßt machen.

Der Zusammenhang des Grundes der Fälschungssache mit der Thronkandidatur des Erzherzogs Albrecht ist einleuchtend zu sein. Bezüglich des Heilichs Jodrowicz wurde festgestellt, daß er die Frankensächung „nur verübt“ hat, aber keineswegs aktiv an den Fälschungen oder an der Verbreitung der Fälschungen beteiligt war, weshalb keine Verhaftung nicht erfolgen konnte. Deswegen ist der Generaldirektor der Postanstalt Barok unbedingt geblieben, obwohl er selbst zugegeben hat, daß er dem Prinzen Windischgrätz unter Verletzung des Störus der Postkasse einen Kredit von 400 Millionen gewährte. Wie verlautet, soll ein Kompromiß zustande gekommen sein, wonach sich der Prinz in österreichisches Asyl zurückziehen will. Ein bisher unbekanntes Gerücht will wissen, daß der Erzherzog Albrecht auf alle Ansprüche auf den ungarischen Thron verzichtet habe und beschlitzte, Ungarn zu verlassen.

Die Errichtung des Reichsverwaltungsgerichts. Der Gesetzentwurf über die Errichtung des Reichsverwaltungsgerichts, das dem Reichsgericht in Leipzig angegliedert werden soll, ist dem Reichskabinet zugegangen und wird nach Bildung der neuen Regierung alsbald verabschiedet werden.

Kommunistische Forderungen. Die Kommunisten haben im sächsischen Landtag den Antrag eingebracht, daß der Landtag seine Auflösung beschließen möge.

Reichsgründungsfeiern

Liturgische Feier in Berlin

In Gegenwart des Reichspräsidenten von Hindenburg, von evangelischen Mitgliedern der Reichs-, Staats- und Kommunalbehörden, der Parlamentarier, des diplomatischen Korps, der Hochschulen usw. fand gestern Abend im Dom eine liturgische Andacht zum Gedächtnis der Reichsgründung statt. Die Berliner Universtität und andere Berliner Hochschulen beauftragten wie üblich ihre Reichsgründungsfeier.

[Berlin, 19. Jan. (Von unserem Berliner Büro.)] Im Reichshaus der Deutschen Volkspartei fand gestern Abend unter Teilnahme der meisten führenden Mitglieder wie üblich die Reichsgründungsfeier statt. Reichsgruppenminister Dr. Sieze mann brachte als Führer der Partei das Hoch auf das Deutsche Reich und das deutsche Volk aus. Nach dem Absingen des Deutschlandliedes erfolgte lebhafte Beifall. Der Abend verlief in angelegter, dem Zweck der Feier entsprechenden Stimmung.

Ein Mißklang in Karlsruhe

Die Technische Hochschule Karlsruhe hielt gestern Vormittag ihre Reichsgründungsfeier ab, die von Rektor und Senat veranstaltet war. Die Studenten hatten mit dem Rektor Geh. Rat Prof. Dr. Rehböck vereinbart, um halb 11 Uhr am Gefallen-Denkmal im Ehrenhof der Hochschule einen Kranz niederzulegen und dann zu der auf 11.15 Uhr vorgesehenen Feier zu erscheinen. Um 11 Uhr erschienen dann in der Aula die Professoren und die Vertreter der städtischen und städtischen Behörden, unter ihnen auch Staatspräsident Trunt und Landespräsident Dr. Baumgartner. Der Zug der Studenten jedoch, der verabredungsgemäß aus dem Ehrenhof herauskommen sollte, blieb aus. Nur eine katholische Studentenverbindung und einige vereinzelte Studenten fanden sich ein, so daß die Feier ohne die Studenten joch ihren Verlauf nahm.

Daß die Studenten aus irgend welchen Gründen, die uns auch nicht interessieren, der Feier fernblieben, ist unter allen Umständen zu betauern. Dient man ja der Einigkeit!

Zur Explosionskatastrophe in Moabit

Eine Getreide der Explosionskatastrophe in Moabit gibt folgende Darstellung der Explosionskatastrophe: „Roggen gegen 6 Uhr bemerkten wir in der Wohnung einen leichten Gegeruch, dem wir weiter keine Beachtung schenkten. Mein Mann hatte gegen 1/2 Uhr das Haus verlassen, während ich mich mit den Kindern noch einmal beschäftigte. Plötzlich erlitt ein lautes Knallen. Im nächsten Augenblick lag im Zimmer alles durcheinander, die eine Wand war plötzlich weg. Wie durch ein Wunder blieb ich mit meiner Tochter unverletzt. Die Tür, die von der Küche zu meinem Zimmer führt, wurde auseinander gerissen und über das Bett meiner zweiten Tochter geschleudert.“

Bei den Aufräumarbeiten aus Anlaß der Moabiter Explosionskatastrophe konnte außer den gemeldeten 9 Toten noch eine Leiche geborgen werden.

Bei der Sichtung der Schuttmasse der Katastrophe in der Kirchstraße wurden auch zwei kleine, zu Fischbein zusammengestopfte Benzinlampen gefunden, ebenso ein Regapparat für den Petroleumverkauf, so daß die Annahme einer Benzinexplosion vollkommen hinlänglich wird. Die Ursache ist auf ausgetretenes Gas zurückzuführen. Fest steht, daß in dem Hause am 3. Januar an den Wassleitungen gearbeitet wurde, und man nimmt an, daß eine Leckung der Rohrleitung den Gaseintritt in die Kelleräume herbeigeführt hat.

Letzte Meldungen

Der Direktor des internationalen Arbeitsamtes beim Reichsarbeitsminister

Berlin, 19. Jan. Wie wir erfahren, ist gestern der Direktor des internationalen Arbeitsamtes Albert Thomas in Berlin eingetroffen. Thomas hatte mit dem Reichsarbeitsminister Dr. Braun Besprechungen über die Möglichkeit der Ratifizierung von Uebereinkommen der internationalen Arbeitskonferenzen durch das Deutsche Reich.

Thomas ist als Direktor des internationalen Arbeitsamtes auch an den Vorbereitungen für die Weltwirtschaftskonferenz beteiligt.

Herabsetzung der Steuererzugsginzen

Berlin, 18. Jan. Die Verordnung des Reichsministers der Finanzen vom 18. Januar bringt eine weitere Herabsetzung der Steuererzugsginzen. Die ursprünglich auf 18 Prozent, seit Februar 1925 auf 12 Prozent festgesetzten Erzugsginzen werden auf 10 Prozent ermäßigt. Soweit der Zahlungsausschub Zinsen zu entrichten sind, beträgt der Zinsfuß künftig statt 9 Prozent 8 Prozent. Der Höchstfuß für Erzugsginzen wird ebenfalls auf 8 Prozent (bisher 9 Prozent) ermäßigt. Die Neuregelung tritt mit Wirkung vom 1. Januar 1925 an in Kraft.

Verkehrsstörungen durch Schneefall

Düsseldorf, 18. Jan. Die sehr starken und anhaltenden Schneefälle haben im internationalen Eisenbahnverkehr zu bedeutenden Störungen geführt. Besonders schlimm ist die Lage in Oberitalien. Bis auf weiteres können die italienischen Staatsbahnen keine Gütertransporte mehr abnehmen. Teilweise ist auch der Fernverkehr in Oberitalien einseitig. Die internationalen Züge kommen in Chiasso mit zwei bis drei Stunden Verspätung an. Auch in Belgien und Frankreich sind starke Verspätungen festzustellen. Dagegen verkehren die Züge der deutschen Reichsbahn nach der Schweiz ziemlich fehlerlos. In den schneebedeckten Hochseen ist innerhalb 24 Stunden vielfach über einen Meter Neuschnee gefallen.

Kreuzer „Berlin“ im Ausland

Buenos Aires, 18. Jan. Der deutsche Kreuzer „Berlin“ befindet sich zur Zeit im Hafen von Bar del Plata. Präsident Alvear wird das Schiff in Begleitung des Marine Ministers Garcia und des deutschen Gesandtensträgers befehligen und damit den Besuch erwidern, den der argentinische Reichspräsident Ober dem argentinischen Schulschiff „Bresende Garmiento“ während seines Aufenthalts in Hamburger Hafen abstattete.

Nachtrag zum lokalen Teil

Schwere Ausschreitungen

Am Sonntag, abends zwischen 9 und 10 Uhr, fehlte eine Abteilung des Karlsruher Vereins für Beibehaltung von Altrip mit der Fahre über den Rhein. Dabei gab es Differenzen mit dem Führer, in dessen Verlauf ihm damit gedreht wurde, daß er ins Wasser geworfen werde. Der Führer hat zu seinem Schutz den Sicherheitskommissär Schneider von Altrip verständigt lassen. Dieser ist auch alsbald mit dem dortigen Bürgermeister gekommen und mit dem Führer an das badische Ufer gefahren. Dort wurde die Fahre noch von etwa 30 Leuten des Vereins erwartet. Der Sicherheitskommissär, der die Reue beruhigen wollte, und ihnen sagte, daß sie eine einmalige Beschwerde gegen den Führer bei ihm anbringen könnten, wurde angegriffen und zu Boden geworfen.

Als der Beamte zur Weite griff, um sich der Angreifer zu entledigen, wurde er von einem Mann von hinten angepackt und in den Rhein geworfen. Die Fahre war inzwischen eingebracht, so daß ihm von dort aus keine Hilfe mehr gebracht werden konnte. Der Täter hat sich mit Steinen beworfen und nach dem Kommenden Beamten geworfen, um zu verhindern, daß dieser das Ufer erreiche. Erst als der Bürgermeister von der Fahre aus einige Beobachter nach dem Täter abgab, ging dieser mit den übrigen Begleitern flüchtig und der Beamte konnte schwimmend das Ufer erreichen und nach Hause verbracht werden. Untersuchung ist eingeleitet. Der Haupttäter ist verhaftet.

Wirtschaftliches und Soziales

Schiedspruch im Mannheimer Generalrat

Das Urteil der Mannheimer Arbeitgeberverbände hatte von dem Mannheimer Generalrat... Die Zustimmung zu einem mit Wirkung ab 1. Januar vorzunehmenden abwärtsgerichteten Gehaltsabrück... Die Zustimmung zu einem mit Wirkung ab 1. Januar vorzunehmenden abwärtsgerichteten Gehaltsabrück...

lungen zu treten bzw. die etwa anhängigen Verhandlungen tunlichst zu fördern... Die Kosten der Schneebeseitigung... Der Schneefall am 18. Januar d. J. war so stark, wie nicht...

Die Kosten der Schneebeseitigung

Der Schneefall am 18. Januar d. J. war so stark, wie nicht... In der Bearbeitung wird ausgeführt, daß seit dem letzten Schiedspruch...

* Einsteigebieb... Dieser Zug wurde aus einer Wohnung... * Einsteigebieb... Dieser Zug wurde aus einer Wohnung...

Vorträge

Auf Veranlassung von Bleichers Pädagogium der Linkswahl... * Vorträge für die Frau... Am 21. und 22. Januar wird...

Neue Wendung im Streit in der Uhrenindustrie

* Donauschingen, 18. Jan. Wie uns mitgeteilt wird, erstreckt sich der Streit in der Uhrenindustrie... Die Uhrenindustrie ist...

* Die Temperatur schwankt zwischen Tauwetter und leichtem Frost... Die Temperatur schwankt zwischen Tauwetter...

Sängerehrung

In diesem Monat sind 60 Jahre verflossen, seit Herr Wilhelm Holz... Sängerehrung... In diesem Monat sind 60 Jahre verflossen...

Städtische Nachrichten

Verbesserung der Verkehrsverhältnisse zwischen Mannheim und Ludwigshafen

Es ist eine bekannte Tatsache, auf die an dieser Stelle schon oft hingewiesen wurde... Verbesserungen der Verkehrsverhältnisse...

Auf Einladung des Sängerbundes Mannheim mochte Herr Dr. Wegner... Auf Einladung des Sängerbundes Mannheim...

* Vorträge für die Frau... Am 21. und 22. Januar wird... * Vorträge für die Frau... Am 21. und 22. Januar wird...

Veranstaltungen

* Theaternachricht... Rosa Pasetti, die gefeierte Berliner... * Theaternachricht... Rosa Pasetti, die gefeierte Berliner...

Somit die Errichtung einer zweiten Rheinbrücke zwischen Mannheim und Ludwigshafen... Somit die Errichtung einer zweiten Rheinbrücke...

Hans Sachs

Ein gutes Werk, ein gutes Wort oder einen guten Gedanken sollte jeder Mensch zurücklassen... Hans Sachs... Ein gutes Werk, ein gutes Wort oder einen guten Gedanken...

hinab in die Tiefe, er hebt das Volk zu seiner Höhe empor... hinab in die Tiefe, er hebt das Volk zu seiner Höhe empor...

auch der Bergarten des Königs Minos oder der normwegische König... auch der Bergarten des Königs Minos oder der normwegische König...

Hans Sachs ist ein weltlicher Volksheld: er war es seiner Zeit, er ist es unserer Zeit geblieben... Hans Sachs ist ein weltlicher Volksheld: er war es seiner Zeit...

Hans Sachs ist ein moralischer Schriftsteller aber kein moralisierender... Hans Sachs ist ein moralischer Schriftsteller aber kein moralisierender...

Und wie der Nürnberger Schuhmacher und Poet... Und wie der Nürnberger Schuhmacher und Poet...

Marcell Salzer-Abend. Um Professor Marcell Salzer, den alten, leben Bekannten...

Karnevalsgeheimnis „Mannheimia“. In ihrem Stammhaus „zum Schneberg“...

Kommunale Chronik

Ludwigshafen, 18. Jan. Aus der jüngsten Gemeindefrauentagung...

Darmstadt, 14. Jan. In der heutigen Stadtkonferenz...

Nach jedem moralischen Schiffbruch retten wir uns an eine Rille unserer tierischen Natur...

Theater und Musik

Das Sinfoniekonzert des Hoforchesters in Ludwigshafen...

Aus dem Lande

Mordanschlag auf einen Unfallsdirektor

Fiebingen b. Breiten, 18. Jan. Gestern Abend wurde auf den Direktor der hiesigen Färberzeugfabrik...

Tr. Rodenburg, 17. Jan. Einen vorläufigen Beschluss fasste der Kurat der Turn- und Sportgemeinde...

Schweiningen, 18. Jan. Hauptlehrer und Stadtmorganist a. D. Karl Rentert...

Furtwangen, 18. Jan. In der Angelegenheit des Arbeitsstreikes der Schwärzwälder Holzindustrie...

Gerichtszeitung

Bestrafte Unterschlagung

Koblenz, 18. Jan. Der frühere kommunale Stadtrat Ingar, geheimer Beamter der ehemaligen Landratsbehörden...

Der Strafantrag gegen Grans

In dem Prozess gegen Grans beantragte gestern der Oberstaatsanwalt wegen Belästigung zum Nord in zwei Fällen...

Richthausen. Herr Bugmann teilt uns mit, dass er auf den in der letzten Monatsausgabe enthaltenen Gerichtsbericht...

Verurteilung einer Fremdenlegationsverbetin. Die Kaufmannsweberin Pauline Bortenweber in München...

Max v. Schillings verlässt Berlin. Nachdem die Differenzen mit dem früheren Intendanten der Berliner Staatsoper...

Kunst und Wissenschaft

Eröffnung der deutschen Buchausstellung in Stockholm. Die deutsche Buch-, Kunst- und Musikausstellung...

Sportliche Rundschau

Sußball

Eintracht Frankfurt gegen V.F.R. Mannheim 1:1 (1:0)

Vor etwa 4000 Zuschauer, betraten die beiden Mannschaften die 3. Jg. städtischer Aufstellung den schneebedeckten Platz...

Radspport

Das 15. Berliner Sechstagerrennen. Vor der Abendveranstaltung am Sonntag haben Salchow und Kollentz auf... gewonnen...

Winterpott

Verkleidungen einzelner Wettbewerber während der Winterkampfspiele. Wie uns mitgeteilt wird, sind die Bobrennen...

Holmenkol-Skirennen 1928. Die Norwegische Skiläufervereinigung ladet alle im Internationalen Skiverband... teilzunehmen...

Welche von vielen?

Es ist durchaus nicht gleichgültig, welche Zeitung Sie lesen, denn nicht jede bietet Ihnen dieselben Vorteile...

TELEGRAMM! Einziges Ganztagesblatt! Bernard Etté

Die Kahrenschlacht

Ein Bänkelung

Volter Wehnert greift den Sänger in die Klämpfe. Euch zu fingen von dem Bruderstapfe... Die Kahrenschlacht...

Neue Mannheimer Zeitung • Handelsblatt

Hypotheken-Darlehn und Industrie-Obligationen

Von Eduard Buchmann, Berlin-Wilmersdorf

Die Belastung der deutschen Industrie mit einer Schuld von 5 Milliarden Reichsmark nimmt die Aufmerksamkeit und das lebhafteste Interesse weiter Kreise in Anspruch. Bei allen sich bietenden Gelegenheiten werden die Industrie-Obligationen zur Sprache gebracht, die unter Zugrundelegung der 5 Milliarden noch dem Dames-Plan zur Ausgabe gelangt sind. Die Kräfte entspringen in der Regel einer gewissen Sorge um das Kapital, das von einzelnen kleineren oder auch größeren Kapitalisten in das an der Industriebelastung beteiligte Unternehmen hineingesteckt worden ist. So wurde in der Generalversammlung eines rheinischen Aktienunternehmens im Jahre der Generalversammlung zur Genehmigung unterbreitet, das Fehlen einer Ausgabe über die Verpflichtung der Gesellschaft aus der Industriebelastung demangelt.

Die Belastung der Industrie mit der Schuld aus den Industrie-Obligationen nach dem Dames-Plan ist nach den gesetzlichen Bestimmungen durch grundbuchliche Eintragung auf den Grundbüchern der Unternehmen an erster Stelle gesichert worden. Diese Sicherstellung ist jedoch nicht mit der gleichstellen, die durch die Eintragung einer Hypothek auf einen für das Unternehmen hergegebenen Kapitalbetrag ins Grundbuch gegeben werden soll. Die Hypothekensicherung der Industriebelastung unterscheidet sich ganz besonders dadurch von der Eintragung einer Hypothek, daß bei letzterer stets ein Kapitalbetrag ins Grundbuch eingetragen wird, was jedoch bezüglich der Industriebelastung nicht der Fall ist. Dieser Unterschied hat seinen Ursprung darin, daß die von dem betreffenden Unternehmen zu tragende anteilige Last nicht einem bestimmten normierten Betrag darstellt. Die deutsche Industrie ist in ihrer Gesamtheit mit einer Schuld von 5 Milliarden belastet worden. Da diese Gesamtheit sich jedoch in ihrer inneren Zusammenlegung in ständigem Flusse befindet, so ist es selbstverständlich auch der auf ein einzelnes Unternehmen entfallende Anteil veränderlich. Wie bekannt ist, hat der zuerst festgesetzte Satz von 17,1 pCt. des Vermögens sich als reichlich hoch erwiesen. Die eingegangenen Industrie-Obligationen haben eine Höhe erreicht, die die fünf Milliarden-Grenze erheblich übersteigt. So kann es natürlich vorkommen, daß bei der nächsten Veranlagung, die bekanntlich in Abständen von etwa 2 Jahren in Aussicht genommen ist, der jetzige Satz von 17,1 pCt. eine wesentliche Berichtigung erfährt. Ebenso gut besteht aber die Möglichkeit, daß ein an der Industriebelastung beteiligtes Unternehmen eine wesentliche Vermehrung seines Betriebsvermögens erfährt, und damit zwar nicht zu einem höheren Satz aber mit Rücksicht auf das höhere Betriebsvermögen mit einer höheren Gesamtheit herangezogen wird. So stehen sich noch weitere Beispiele anführen, aus denen hervorgeht, daß die von einem Unternehmen zu tragende Industriebelastung bezüglich des Kapitalbetrags nicht zahlenmäßig festgelegt werden kann.

Es ist aber ferner zu beachten, daß das Gesetz eine Kapitalbelastung überhaupt nicht vorgesehen hat. Vielmehr sollen die deutschen Industrie-Unternehmungen in einem Zeitraum von 38 Jahren nur die Hälfte der Zinsen von 6 pCt. übernehmen. Die erstellte Belastung im Grundbuche bezieht sich also nur auf die Zinsen, die anteilig von dem betreffenden Betriebe zu bezahlen sind. Derartige Lasten sind für die Eigentümer von Grundstücken

durchaus nicht neu, sondern in der verschiedensten Form schon lange bekannt und zur Erhebung gelangt. Es wird beispielsweise auf die Grundsteuer verwiesen, die ebenfalls eine erstliche Belastung des Grundstücks darstellt. Den gleichen Charakter tragen die vielfach auf den Grundstücken ruhenden Beiträge für Schulden, für Kanalisierungen und Wegeunterhaltungen und für ähnlich geartete Zwecke. Man pflegt diese Lasten als öffentliche Lasten zu bezeichnen, welche in jedem Falle in Bezug auf die Grundstücksbelastung der Vorrang zukommt.

Aus diesen Darlegungen ist zu entnehmen, daß die oben angeführte Anfrage eines Aktionärs in der Generalversammlung, warum die Industriebelastung aus der Bilanz nicht zu erkennen sei, als völlig verfehlt bezeichnet werden muß. Mit dem gleichen Rechte könnte man verlangen, daß die Bilanz auch die Höhe aller übrigen öffentlichen Lasten erkennen läßt. Hierzu liegt natürlich keinerlei Anlaß vor. In gleicher Weise sind aber auch die ebenfalls oben angeführten Besorgnisse der Darlehensgeber unangebracht, die die hypothekarische Sicherstellung ihrer Kapitaldarlehen verlangen. Sie haben nämlich vielfach die Herabgabe von Kapital von der Befreiung des Grundbuchs von der Industriebelastung abhängig gemacht. Sie geben der Anschauung Ausdruck, daß ihre Hypothek durch die Industriebelastung juristisch gefährdet wäre und demgemäß das Grundstück nicht die Sicherheit zu bieten vermöge, die ohne die Belastung des Grundbuchs mit der Industrie-Obligation bestehen würde.

Das Verlangen nach Ablösung der Industriebelastung muß jedoch als vollkommen unrichtig bezeichnet werden. Eine Ablösung im vollen Sinne des Wortes ist, wie aus den gegebenen Ausführungen hervorgeht, überhaupt nicht möglich. Es wäre nur der Weg zu beschreiten, daß man ein der Zinsenlast von 6 pCt. entsprechendes Kapital bei einer Bank oder einer sonst geeigneten Stelle hinterlegt und den hinterlegten Betrag dem Zinsgeber für die Industrie-Obligationen zur Verfügung stellt. Diese Hinterlegung würde also nichts weiter als eine Sicherstellung bedeuten, niemals aber die Ablösung der Industriebelastung darstellen. Infolge der Veränderlichkeit der Last würde bei einer Erhöhung des auf das Unternehmen entfallenden Anteils die grundbuchliche Last bezüglich des Mehrbetrags sofort wieder aufleben und wiederum durch Hinterlegung sichergestellt werden müssen. Würde man also der Befreiung von der jährlichen Zahlung der Zinsen durch Sicherstellung des Kapitalbetrags theoretisch vorkommen zustimmen können, so sprechen doch Erwägungen praktischer Art mit aller Entschiedenheit dagegen.

In der Praxis stellt sich die Sicherstellung in der Weise dar, daß das Unternehmen einen Kapitalbetrag aufnehmen muß, den es dem Zinsgeber zur Verfügung stellt.

Bei der komplizierten Art der gesetzlichen Bestimmungen wird man damit rechnen müssen, daß noch mancherlei Bedenken laut werden, die einer ungehinderten Entwicklung des Wirtschaftens sich entgegenstellen. Diese werden aber zweifellos immer wieder zerstreut werden können, wenn die Fragen sofort an die zuständigen Stellen gestellt und damit einer maßgeblichen Beurteilung unterworfen werden.

Rheinische Bahngesellschaft N.-G., Düsseldorf. Die Verwaltung der Gesellschaft teilt der Presse mit, daß nicht allein der Beschluss der Gesellschaft, sondern auch vor allem die neuen Aufwertungsbestimmungen, die alle Vergleichs- mit früheren Hypothekengläubigern rückgängig machen, die Schwierigkeiten und die Sanierungsmaßnahmen der Gesellschaft verschärfen haben.

Johnwerke N.-G., Baden. Die Gesellschaft, die bekanntlich unter Geschäftsaufsicht steht, weist per 30. September 1925 einen neuen großen Verlust in Höhe von 1.200 Mill. RM auf, der teilweise aus dem 68814 RM betragenden Referenzfonds gedeckt wird. Zugunsten hat sich der Verlust erneut so vergrößert, daß er auch nach Ausschüttung des Referenzfonds noch die Hälfte des Aktienkapitals überschreitet, das mit 1,92 Mill. RM zu Buch steht. Die Ursache dieser Lebensschwierigkeit liegt in verschiedenen Umständen. Einmal ist es der erhöhte Produktionszwang, dann die Verkäufe gegen Wechsel und die Abschüttung. Auch der zu großen Rohstoffanschaffung wird eine Schuld beigegeben.

Deutscher Lloyd Versicherungs-N.-G., Berlin. Pressenachrichten zufolge beschloß der Aufsichtsrat die Barzahlung auf das Aktienkapital von 5 Millionen RM einheitlich auf 50 pCt. zu erhöhen, d. h. daß zu den bisher einbezahlten 1.287.500 RM weitere 1.212.500 RM eingefordert werden. Wie die Verwaltung hierzu mitteilt, war der Geschäftserfolg im vergangenen Jahre zufriedenstellend. Durch den Krieg und die Inflation wurden die fälligen Mittel der Gesellschaft stark reduziert. Auf die Bereitstellung neuen Betriebskapitals mußte daher Bedacht genommen werden. Die Unterbringung einer Kapitalerhöhung stöße aber bei der gegenwärtigen deutschen Wirtschaftslage auf erhebliche Schwierigkeiten. Aus diesem Grunde habe sich die Verwaltung auch darauf beschränkt, dem Verwaltungsrat eine Abnahme der Rechnung zu raten und durch Einforderung einer Kassaabzahlung sich neues Kapital zu beschaffen.

Schultheiß-Vahrenhofer N.-G., Berlin, Ostwerk N.-G., Berlin, Kahlbaum N.-G., Berlin. Die Aufsichtsräte der in der bekannten Interessengemeinschaft verbundenen Unternehmen legten am Montag nachmittag und beschloßen die Verteilung einer Dividende von 10 pCt. Gleichzeitig wurde beschlossen, die Gewinnverteilung so zu ändern, daß künftighin der Gewinn gleichmäßig unter Verteilung der Höhe des jeweiligen Aktienkapitals verteilt werden soll. Diese Änderung der Gewinnverteilung bedeutet für Schultheiß-Vahrenhofer eine erhebliche Besserstellung, andererseits werden Kahlbaum und Ostwerk benachteiligt.

Attiengeellschaft für Automobilbau A.G., Berlin. Zu den Pressenachrichten über die Gläubiger-Versammlung der A.G. verläutert, daß zwar die Absicht bestand, die A.G. zum Preise von etwa 2 Millionen RM an eine französische Gruppe zu verkaufen, daß die Verhandlungen hierüber aber ergebnislos verliefen sind, weil die Kapitalgläubiger in Frankreich eine Anlage französischer Kapitalien im Auslande unterbinden. Da man von dieser Transaktion Abstand nehmen mußte, erörterte man die Frage, ob man die A.G. den Hypothekengläubigern überlassen solle. Es kam jedoch auch hierüber noch zu keiner Entscheidung, so daß die Verhandlungen über die Maßnahmen, die zur weiteren Abwicklung der A.G.-Angelegenheit führen sollen in einer neu einzuberufenden Gläubiger-Versammlung weiter besprochen werden müssen.

Carl Bernhard, Tuchgroßhandlung, Berlin. Diese Firma hat die Zahlungen eingestellt. Die Passiven betragen etwa 350.000 RM. Das gesamte Warenlager von 12.000 Metern ist lt. Text-Bl. an das Bankhaus Wendelschohn für eine Forderung von 140.000 RM verpfändet worden.

Devisenmarkt

Ruhe am internationalen Devisenmarkt

Die internationalen Devisenmärkte waren auch zu Beginn der neuen Woche ohne besondere Anregung. Die Bewegung des französischen Franken ist augenblicklich infolge der ungelärten Lage der französischen Regierung zum Stillstand gekommen. Man ist sich weiterhin noch nicht im Klaren, ob die Finanzprojekte Doumers angenommen oder abgelehnt werden und hat sich die internationale Spekulation in den letzten Tagen demgegenüber sehr reserviert verhalten. London-Borsen stellt sich unverändert auf 129,4, wie überhaupt fast alle Devisen unverändert liegen. London-Brüssel 107,7, London-Railand 120,4, Kassel-Schweiz 507,6, London-Schweiz 25,50, Holland-Schweiz 208,6, Paris gegen Schweiz 19,50, Mailand-Schweiz 20,90, Brüssel-Paris 129,50, Mailand-Paris 107,25, Kassel-Holland 248,75, London gegen Holland 12,09, London-Oslo 23,85, London-Kopenhagen 19,55 (19,50), London-Stockholm 18,15, London-Bratislava 34,20, London-Kassel 450,4 (486). Das englische Pfund liegt weiterhin fest.

In Reichsmark lassen sich folgende Kurse ermitteln: London 20,41,50 RM, Paris 15,70, Zürich 81,15, Mailand 16,25, Holland 1,68,55 (1,68,50) RM, Prag 12,44, Oslo 85,50 (85,60), Kopenhagen 1,04,40 (1,04,55) RM, Stockholm 1,12,45 (1,12,50) RM, Brüssel 19,05, Madrid 59,50, Argentinien 1,74,10 RM und Japan 186,70 (1,87,00) RM.

Offizielle Preise der Mannheimer Produktbörse

Die Kurse verstehen sich per 100 Kilo netto waggongeliefert Mannheim ohne Endzahlung in Reichsmark

Preisangaben vom 18. Januar 1926.

Weizen inländ. neuer	76,--	77,--	Roggenmehl mit Sed	26,75	27,75
ausländ.	33,--	34,50	Weizenmehl mit Sed	11,--	11,25
Roggen, inländ. neuer	18,50	19,--	Trodenrotweizen	18,--	18,25
ausländ.	32,--	32,25	Rohmalz	0,--	0,--
Brau-Getreide (neuer)	22,50	22,25	Weizenbrot, 10kg	0,--	0,20
Getreide	19,--	20,--	rotweizen	10,50	11,--
Hafer, inländ.	17,75	19,50	gerstl.	5,--	5,70
ausländ.	50,25	51,--	Getreidemehl 10kg	4,50	4,--
Weizen mit Sed	70,--	71,50	mit Sed	4,--	4,--
Roggenmehl Speis. 0	41,25	41,50			
Weizenrotweizen Speis.	31,25	31,50			

Berliner Metallbörse vom 18. Januar

Preise in Reichsmark für 1 Kg.

Elektrolytkupfer	134,--	133,50	Aluminium in Barren	2,40	2,50	2,40	2,50
Refinanzkupfer	134,--	133,50	ausl.	2,40	2,50	2,40	2,50
ausländ.	134,--	133,50	Hüttenzinn	2,40	2,50	2,40	2,50
ausländ.	134,--	133,50	Wismut	2,40	2,50	2,40	2,50
ausländ.	134,--	133,50	Antimon	2,40	2,50	2,40	2,50
ausländ.	134,--	133,50	Silber für 1 Gr.	93,75	94,50	93,25	94,25
ausländ.	134,--	133,50	Platin p. Gr.	10,--	10,--	10,--	10,--

Schiffahrt

Frachtenmarkt vom 18. Januar

Das Weidloch zu Bera an der deutlichen Börse war ziemlich lebhaft. Es wurden einzelne Reisen zu RM 1,50 für die Tour ab Kanal nach den Rheinstationen vereinbart. Rückfrachten sind auch wieder Tagesmieten zu 4 1/2 Pfa. ab Ruhrort und 5 Pfa. ab Kanal bezahlt worden. Das Exportkohlenarbeitslohn vor allem ab Rhein-Herfetal nach Rotterdam war sehr lebhaft. Obwohl ziemlich viel Besorger über Sonntag einetroffen war, konnten sich die leitherrigen Säge für Exportkohlen behaupten.

Wasserstandsbeobachtungen im Monat Januar

Station	13.	14.	15.	16.	17.	18.	19.	20.	21.	22.	23.	24.	25.	26.	27.	28.	29.	30.	31.
Wasserstand	1,73	1,55	1,7	1,47	1,40	1,35	1,30	1,25	1,20	1,15	1,10	1,05	1,00	0,95	0,90	0,85	0,80	0,75	0,70
Abfluss	2,90	2,78	2,6	2,50	2,45	2,35	2,30	2,25	2,20	2,15	2,10	2,05	2,00	1,95	1,90	1,85	1,80	1,75	1,70
Wasserstand	4,35	4,38	4,00	3,80	3,80	3,75	3,70	3,65	3,60	3,55	3,50	3,45	3,40	3,35	3,30	3,25	3,20	3,15	3,10
Abfluss	4,35	4,10	3,70	3,50	3,40	3,35	3,30	3,25	3,20	3,15	3,10	3,05	3,00	2,95	2,90	2,85	2,80	2,75	2,70

Verantwortliche: Drucker: Dr. Haas, Neue Mannheimer Zeitung, G. m. b. H., Mannheim, E. 3, 2. Direktion: Ferdinand Ottome. Schriftführer: Kurt Fischer. Verantwortlich für den politischen Teil: Hans Alfred Meißner; für das Neuland: Dr. Fritz Dammes; für Rumunien: Richard Schneider; für Sport und Kunst: Hans Müller; für Handelsnachrichten und den übrigen redaktionellen Teil: Franz Kirker; für Angelegenheiten: J. Schmardt.

Ungedeckte Schecks

Von Dr. Otto Simon

Die gegenwärtige Wirtschaftslage macht ein Vorwärtsschreiten recht häufig, das in normalen Zeiten unmöglich wäre, nämlich die Ausgabe von ungedeckten Schecks. Wer einen Scheck annimmt, soll damit rechnen dürfen, daß bei der Ausgabe des Schecks Deckung vorhanden ist. Das ist gerade der wesentliche Unterschied von Wechsel und Scheck, daß beim Scheck schon bei der Ausgabe Deckung da sein muß. Wer also einen Scheck hingibt, für den keine Deckung da ist, der täuscht den Empfänger über die wesentliche Eigenschaft des Schecks.

Es wird vielfach angenommen, daß die Ausgabe eines ungedeckten Schecks, in Kenntnis dieser Tatsache durch den Geber, einen strafrechtlichen Betrug darstellt. Das vom Gesetz für den Betrug aufgestellte Moment der Täuschung ist, wenn es wirtschaftlich aufgefakt wird, vorhanden bei Ausgabe eines ungedeckten Schecks, und zwar ganz ohne Rücksicht darauf, ob der Scheck später, ganz oder teilweise eingelöst wird. Selbstredend muß der Geber des Schecks wissen, daß keine Deckung vorhanden ist. Das Vorgehen des Obersten Bundesgerichtes hat kürzlich entschieden, daß in der Ausgabe eines ungedeckten Schecks, mit der Behauptung, der Scheck sei gedeckt, Betrug liegt, auch wenn der Geber des Schecks annimmt, daß die zur Präsentierung des Schecks Deckung vorhanden sei.

Ob diese Entscheidung sich durchsetzen wird, steht noch nicht fest, andere Entscheidungen dieser Art sind noch nicht bekannt. Jedenfalls muß im Interesse der Beförderung unserer Wirtschaft vor der Ausgabe ungedeckter Schecks nachdrücklich gewarnt werden. Es sei nur noch bemerkt, daß nach der Gesetzgebung Englands und Amerikas die Ausgabe eines ungedeckten Schecks ein Spezialverbrechen ist, das sehr streng bestraft wird.

3 Maschinenfabrik „Dadania“ vormals Wilhelm Bloch Söhne, Welsheim. Gemäß dem Antrag der Gesellschaft hat das Amtsgericht Weinheim die Frist zur Einreichung eines Antrages auf Eröffnung des Vergleichsverfahrens bis 1. März 1926 verlängert. Das Moratorium der Geschäftsaufsicht dient dazu, die Sanierungsbestrebungen fortzusetzen.

Düsseldorf-Rosinger Maschinen- und Apparatebau N.-G. Die unter Geschäftsaufsicht stehende Gesellschaft macht ihren Gläubigern den Vergleichsvorschlag auf Auszahlung von 47 pCt., die in neuen Aktien des Unternehmens erfolgen solle. Wie wir Pressenachrichten hierzu entnehmen, hat die größte Zahl der Gläubiger dem Vorschlag bereits zugestimmt.



No. 4711. Tosca

Parfum · Seife · Puder
Lotion · Brillantine

Ein fein abgestimmter Duft

für alle Dinge des täglichen Toilettegebrauchs
ist erstes Erfordernis wahrer Eleganz. Die
Zusammenstellung der „4711“ Tosca-Kleino-
dien erfüllt den Wunsch nach einem er-
lesenen, gleichartigen Parfum.



Hermann Truchs

An den Planken, neben der Hauptpost

Zur Konfirmation

Schwarzer Konfirmanden-Samt ^{7 cm or. Köperware} 4.25
 Lindener Köper-Samte

Partie 70 cm br	Mtr.	6.90, 5.90
80	7.50, 5.50	
90	8.50, 5.90	
110	10.50	

Schwarze Wollstoffe
 Eollenne
 Crêpe de chine
 Schwarze Seide
 in großem Sortiment.

National-Theater Mannheim
 Dienstag, den 19. Jan 1926
 Vorstellung Nr 158, Miets C. Nr. 20
 BVB. Nr. 726-744, 790-799, 1367-1390, 2020
 bis 3000, 4358-4400.
 PVB Nr. 9001-9015, 9016-9050,
 9514-9525, 9561-9570, 9681-9690.

Die Bacchanten des Euripides
 Bearbeitung: Berthold Viertel Musik: Ernst Foch
 in Szene gesetzt u. klmm. Gesamtleitung:
 Herm. Wlach Musikal. Leitung: Arthur Rosensteln
 Bühnenbild: Heinz Grele
 Technische Einrichtung: Walther Unruh
 Anfang 7 1/2 Uhr Ende 9 1/4 Uhr

Personen:
 Dionysos in Menschengestalt Willy Birgel
 Pentheus, König von Theben Rudolf Witting
 Agave, seine Mutter Marie Andor
 Kadmos, der Gründer Thebens, deren Vater
 Teiresias, der blinde Seher Johannes Heims
 Ein Hirt Wilhelm Kolmar
 Diener des Pentheus Eugen Aberer
 Raimund Janitschek

Die asiatischen Bacchantinnen als Geloge des Dionysos Karo Behrens
 Hedwig Lütte
 Ina von Beemen
 Margt Dietrich
 Alice Dieder
 Martha Holz

Leitung der Tänze: Dr. Ljda Wolkowa, die auch das Solo tanzt. — Spielwart: Harry Bender

Ufa-Theater

Nur noch bis Donnerstag!
Pola Negri
 unter der Führung des deutschen Regisseurs
Ernst Lubitsch
 In dem erfolgreichen Film: 5274



DAS VERBOTENE PARADIES
 Ein romantisches Liebesabenteuer in 7 Akten

2 Filmgrößen von Welttruf sind bekanntlich Pola Negri und Ernst Lubitsch! Wir erinnern nur an folgende drei Filme, die unter der Regie Ernst Lubitsch entstanden sind u. in denen Pola Negri die Hauptrolle spielt: „Zigeunerblut“, „Sumurun“ und „Madame Debary“.

Außerdem das Beiprogramm!

Anfangszeiten der Filme wochentags: 4.00, 4.10, 4.30, 6.00, 6.05, 6.15, 6.20, 8.05, 8.15, 8.25, 8.45—10.15 Uhr. Eintritt jederzeit!

Ufa-Schauburg

Nur noch bis Donnerstag!
„Das Haus lacht zum Bersten“
 über den originellsten Komiker der Welt



BUSTER KEATON
 in seinem, die ganze Welt zum Lachen bringenden Film

Buster Keaton, der Matrose
 6 Akte voller zwerchfellerschütternder Ereignisse

Großes Beiprogramm

Anfangszeiten der Filme wochentags: 4.00, 4.10, 4.30, 4.40, 5.00, 6.00, 6.15, 6.25, 6.45, 7.05, 8.10, 8.15, 8.25, 8.45, 8.55, 9.15, 10.25 Uhr. Eintritt jederzeit!

Das „Mannheimer Tageblatt“ schrieb gestern: „Buster Keaton, der Matrose“ wird jetzt schon in Mannheim gezeigt. Conall, Jacky, Harold, alle mit ihm nun Buster das Feld räumen. Sein Matrose bringt in den unmöglichsten Situationen eine Pflle von reizvollen Einfällen, die in der Gesamtdarstellung einfach nicht zu überbieten sind. Die Pointen ständen.

Das Haus lacht zum Bersten

ALHAMBRA

Ab heute
 der in einer ungeheuren Auflage von über 500 000 Exemplaren herausgekommene Roman von ⁶²⁰⁹
Baronin Elisabeth v. Hegking
 welchen Giacomo Puccini seiner er oig-reichen Oper „Madame Butterfly“ stofflich zu Grunde legte, ist in Gestalt eines deutschen Grosfilms verfilmt worden!

Briefe, die ihn nicht erreichten



6 hochdramatische Akte
 Hauptdarsteller:
Albert Bassermann, Macella Albani, Bernhard Goetzke, Manja Tzschewa.

Zu dieser hervorragenden Schöpfung noch viele Worte des Lobes hinzuzusetzen, wäre überflüssig, denn die für einen Großfilm so vielversprechende Rollenbesetzung in Gestalt eines derartig klingvollen Darstellerverzeichnisses sagen einem jeden, daß dies eine Spitzenleistung deutscher Filmkunst ist.

Schönes Beiprogramm
 Anfang 3 Uhr — Letzte Vorstellung 8.30

Voranzeige KONZERT

Rudolf Thies, erblindeter Flötenvirtuose und Konzertmeister Näheres durch Boten. *1422

2 Vorträge von
Dr. med. H.J. Oberdörffer
 Sanst. Schloß Rheunburg, Amt Konstanz, Berlin-Wilmersdorf
 I. Versamml.-Saale des Rosengartens
 Donnerstag, 21. Jan., 8 Uhr abends:
„Der Weg aus der sexuellen Not unserer Zeit“
 Freitag, 22. Jan., 8 Uhr abends:
„Gesundung u. Verjüngung der Frau“
 Nur für Frauen!
 Nach jedem Vortrag Fragenbeantwortung
 Karten zu Mk. 2.— u. 1.— bei: Brochhoff & Schwabe, C 1 9, sowie P. Nemnich, N 2, 7—8 und Abendkasse. B262

Geschäfts-Eröffnung
 Heute Dienstag nachmittag verbunden mit Schlachtfest
Restaurant Zillertal
 Emil Hechelstraße 10 Ecke Schwarzwalddstraße
 Dem verehrt. Publikum werden wir alles bieten, was geboten werden kann, und bitten um geneigen Zuspruch. Hochachtungsvoll *1628 Erwin Heid u. Frau.

Trockenes Bündelholz
 jedes Quantum, auch waggensweise, sofort lieferbar. 633
 Gebhard Zimmermann, Käferlertstr. 57
 Telephon 6664.

Unentgeltlich
 stehen für 268
 Jahres-Abschluß u. Inventur
 „Burroughs-Maschinen“
 zu Ihrer Verfügung. Anruf 10711.
Glogowski & Co., P 3, 14.

FREIBURG i.Br.
Hotel Stephanie Pension
 Größer, ruhiger, hell, köstlicher Frühstück, 1/2 Stunden bester empfangen 2 Minuten vom Bahnhof Poststraße 3

Bestecke
 in Silber, versilbert und Alpaka in allen Zusammenstellungen stets vorrätig auf Lager
 „ Nur Qualitäts-Waren erster Firmen “
52.7a Ludwig Groß 52.7a

Privat-Vorschule Schwarz
 M 3, 10 (4 Volks-Schul.-Kl.) Tel. 6159
 nimmt täglich von 11—12 und 5—6 Uhr Knaben und Mädchen wie Schulanfänger für Ostern auf. Ersatz für Volksschule. Vorbereitung auf höhere Schulbildung.

Planos Kauf i. inMiete
Heckel
 Piano-Lager 0 3, 10.

Masken-Kostüme
 fertigt schnell und billig nach d. originalen Obern. Geschw. Nix, O 5, 1. Teleph. 3216.
 Öffne Masken-Kostüme zu verkaufen 6150
 O 5, 8, 3 Treppen.

Es ist keine Kunst
 Tabak zu schneiden, aber aus den besten rein überseeischen Roh-tabaken in richtiger Schnittbreite hochfeine, leichte Mischungen herzustellen, ist
 Sonderleistung der Firma
Oldenkott-Rees.

Der Kenner weiß die Güte der Marken **Kiepenkerl** und **Madastra** zu schätzen.

Ski-Anzug
 reißwoll. überdieser Tricot-Loden Jehr! (Wert des Doppelts) **59.00**

Ski-Anzug
 reißwoll. Gebirgs- oder Mäntel-Fabrikat - Jehr! (Wert des Doppelts) **79.00**

Windjacken
 Zellulose Gebirgs-Covercoatstoffe, best. imprägniert **8.95**
 23.90, 16.50, 16.90, 13.90.

Brechesosen
 altherb. Stoffe doppeltes Gest. **5.95**
 17.90, 15.90, 6.50, 7.95.

Gebrüder Wronker
 Marktecke 111

Die Zeitungs-Anzeige ist das billigste und beste Werbemittel zu unseren volkstümlichen Inventur-Ausverkaufspreisen!